

KREISMITGLIEDER-MAGAZIN



ICH WÜNSCHE
MIR EINE
WIEHLTALBAHN



5



ICH WÜNSCHE
MIR EINEN
USBILDUNGS-
PLATZ



10

ICH BRAUCHE
DRINGEND
BERATUNG



ICH WÜNSCHE
MIR LEUTE
DIR MIR
ZUHÖREN



ICH MÖCHTE
GERNE EINE
BEHEIZTE
WOHNUNG



ICH WÜNSCHE
MIR FRIEDEN



23



BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN
KREISVERBAND OBERBERG



Liebe Freundinnen und Freunde,

wie lange Euer letzter Umzug her ist, kann ich nicht sagen. Mit Sicherheit weiß ich aber, dass Ihr die Zeit der Vorbereitungen, den Tag des Aus- und des Einzuges nicht vergessen habt. Sicher erging es Euch nicht anders als mir. Völlig fertig in einer kahlen Wohnung voller Kartons angekommen, erst einmal durchatmen. Ein Umzug, wie jede Transition, ist mühsam. Es gibt Schrammen, Verluste und nicht alles läuft nach Plan. Wenn das für unsere kleinen Umzüge von A nach B gilt, wie viel mehr muss es dann für die Transition einer Gesellschaft gelten? Ich möchte nicht lange schreiben, es gibt im Folgenden genug zu lesen. Aber mir ist doch wichtig, dass Ihr die Verluste in unserer Politik und die Schrammen in unserer Gesellschaft, die wir alle spüren, als das begreifen, was sie sind: **Die Zeichen eines gewaltigen gesellschaftlichen Umbruchs**. Wir dürfen mit den Zähnen knirschen. Wir dürfen jammern und stöhnen. Aber wir dürfen uns auch freuen, weil wir wissen, was gerade passiert. Und dafür haben wir Jahrzehnte gekämpft. Wir wussten immer es wird schwer. Lasst uns jetzt nicht müde werden und bei aller stets willkommenen Kritik dennoch fest zusammenstehen. Wir kämpfen nicht für uns, sondern für unsere Kinder und Enkel.

Erlaubt mir daher die dringende Bitte: bleibt mutig!

Marie Brück

Fraktionsvorsitzende im Kreistag



Inflation BRD

Stand: Okt. 2023

Inflationsrate in Deutschland von Oktober 2021 bis Oktober 2023 (Steigerung des Verbraucherpreisindex gegenüber Vorjahresmonat)



Quelle:
Statistisches Bundesamt
© Statista 2023

Weitere Informationen:
Deutschland; Basisjahr 2020 = 100

RENATURIERUNG

Jetzt geht es in den Trilog

Das Europäische Parlament hat für das Gesetz zur Wiederherstellung der Natur gestimmt – ein wichtiger Schritt für die Wiederherstellung von zerstörten Ökosystemen. Allerdings kommt dieser Erfolg zu einem hohen Preis.



An der Havel hat der NABU mit der größten Flussrenaturierung Europas schon den Anfang gemacht. Das EU-

Ökozid strafbar

Die EU ist seit vergangener Woche weltweit Vorreiter in Sachen Strafbarkeit bei weitreichenden Umweltschäden, „Ökozid“. Das überarbeitete Gesetz zielt auf die schwerwiegendsten Fälle der Zerstörung von Ökosystemen ab, darunter Lebensraumverlust, illegaler Holzeinschlag, Wasserentnahme und Verschmutzung. Den Tätern drohen härtere Strafen, die von Gefängnisstrafen bis hin zum Ausschluss von Unternehmen aus öffentlichen Mitteln reichen.





Ein großes DANKE für Listenplatz 11 unserer Grünen Europaliste. Vielen Dank für Euer Vertrauen in mich und meine Arbeit!

Ich bin überwältigt von so viel Unterstützung! Mein großer Dank gilt meinem Landesverband, damit auch Euch, meinen politischen Weggefährt*innen und meinem großartigen Team.

Die Herausforderungen für unsere Demokratie, für unser Klima und unseren Wohlstand in Europa sind groß. Unsere Zuversicht und unser Kampfeswille sind aber größer! Wir lassen uns nicht einschüchtern, wir bleiben im Netz, wir bleiben auf der Straße, wir zeigen Gesicht!

♥ Ich mache jetzt ein paar Tage Pause und freue mich schon sehr auf den Wahlkampf mit Euch im nächsten Jahr!

Eure **Alexandra**

Foto: [nilsleonbrauer](#)



**Danke für euer
Vertrauen!**



FÜR EIN LEBENDIGES OBERBERG IN EINEM GEEINTEN EUROPA!

GRÜNE KREISVERSAMMLUNG IN GUMMERSBACH



Am Samstag, 4.11. war die grüne Europaabgeordnete Alexandra Geese aus Bonn zu Gast bei den Oberbergischen GRÜNEN. Die Mitgliederversammlung stand unter dem Zeichen der Europawahlen am 9.Juni 2024, und so lautete das Thema des Abends: Rechtsruck in Europa- wie erhalten wir unsere liberale Demokratie?



Alexandra Geese bestärkte den Kreisverband, weiter an den wichtigen Themen der Zeit zu arbeiten. Ob Klimaschutz, Bürgergeld oder Migrationsfragen: **„Wir dürfen uns nicht verunsichern lassen. Wir werden angegriffen, weil wir gute Politik machen, die sich an starken Werten orientiert.“** Wer da den Menschen einfache Lösungen verspreche, der täusche die Bürgerinnen und Bürger ganz bewusst. Rechte Populisten und Rechtsextreme benutzten die berechtigten Sorgen und Ängste angesichts der vielen Krisen unserer Zeit für ihre Propaganda und erzielten damit Wahlerfolge.

„In Polen konnte gerade ein demokratisches Bündnis die dominierende rechtsnationale PIS Partei schlagen, und auch in Spanien ist ein Rechtsruck durch ein breites grün-linkes Bündnis verhindert worden.“

Geese erläuterte, dass es auch gute Nachrichten gäbe. Rechte Parteien und Bewegungen seien global sehr gut organisiert und verfügen über sehr viel Geld. Sobald sie an der Macht sind, beginnen sie die Demokratie zu zerstören, so wie es Viktor Orban in Ungarn bereits geschafft hat.

Dabei werden überall drei große Erzählungen verwendet:

Zum einen **die Mär vom großen Austausch**, die in den unterschiedlichsten Varianten von Indien bis in die USA verbreitet wird und starke Ängste gegen Migranten bedient. Auch das **Narrativ von der Unterdrückung der Männer durch Feminismus und die queere Regenbogenszene** wird von rechten Autokraten wie Putin und Trump ständig unters Volk gebracht. **Ganz besonders stürzt sich die rechte Szene aber auf die weltweite Klimaschutzbewegung.** Diese wird diffamiert als Strategie der globalen Eliten, um die „einfachen Bürger“ auszuplündern und zu unterdrücken.

„Die Rechte bedient sich dabei ausgeklügelter Propagandastrategien über die sozialen Netzwerke. Wut- und Hassposts werden viel häufiger angeklickt als seriöse Nachrichten und verbreiten sich damit schneller. Doch dagegen können wir jetzt endlich besser vorgehen, denn vor einem Jahr hat das Europäische Parlament das Digitale-Dienste-Gesetz beschlossen, mit dem die großen Datenkonzerne wie Meta, Google und Tik-Tok zur Einhaltung von Regeln gegen das Verbreiten von

Fake-News und Hassrede gezwungen werden können! Mit starkem Applaus verabschiedeten die Mitglieder Alexandra Geese, die 2024 auf der NRW-Liste wieder für das EU-Parlament kandidiert und einen guten 11. Platz auf der Europaliste bekommen hat.











3 - [LINK: AUFRUF STRAßBURGS](#)

Die Mitglieder beschlossen außerdem ohne Gegenstimmen, den „**Aufruf Straßburgs**“ (siehe Bild) zur Vollendung des europäischen Projekts zu unterzeichnen. Dieser Aufruf wurde im Rahmen der Konferenz zur Zukunft Europas von einer Arbeitsgruppe aus Bürger:innen der Stadt und der Eurometropole verfasst und richtet sich an die europäischen Institutionen. Er endet mit dem Satz: **Wir fordern dazu auf, ein im Alltag gelebtes Europa zu fördern... Ebenso einstimmig wurde ein Antrag angenommen, der aktuelle Meinungsäußerungen aus der Kommunalpolitik gegen eine**

mögliche Erstaufnahmeeinrichtung für Geflüchtete in Gummersbach kritisiert und zu einem sachlichen Diskurs auffordert. „Wegschauen und auf andere verweisen ist keine Option“

Antrag für die KV am 4.11.2023:

Zur Aufnahme von Geflüchteten in einer geplanten Landeseinrichtung in Gummersbach

Die Aufnahme und Versorgung von Flüchtlingen in zentralen Aufnahmeeinrichtungen des Landes ist in der Umsetzung des humanitären Rechts auf Asyl gesetzlich geregelt. Nach Einleitung des Antragsverfahrens werden alle finanziellen Lasten, die Organisation von Betreuung und Sicherheit in den Einrichtungen und im Umfeld durch das Land getragen.

Eine erhöhte Kriminalitätsrate durch Geflüchtete ist nach den Veröffentlichungen der Bezirksregierung Köln nicht feststellbar, derartige Behauptungen werden aber regelmäßig zur Bestärkung populistischer Vorurteile verbreitet. Diesen Stigmatisierungen und herabsetzenden Bewertungen müssen wir aktiv entgegenwirken. Geflüchtete und Asylbegehrende dürfen nicht auf diese Weise diskriminiert werden. Neben dem rechtsstaatlichen Asylverfahren müssen die Grundrechte der Hilfesuchenden genauso wie die Beachtung geltender Gesetze gewährleistet werden.

Die in den letzten Tagen mehrfach von Kommunalpolitiker:innen aufgestellte Behauptung, der soziale Frieden sei durch Flüchtlingsunterkünfte gefährdet und könne auch bislang nur unter maximalem Aufwand gewahrt werden, entbehrt in Oberberg bislang jeglichen Nachweises. Solche Äußerungen zielen allein auf eine öffentliche Wirkung ab.

Alle Verantwortlichen fordern wir zu einem sachlichen Diskurs mit der Landesregierung und zur Klärung offener Fragen bei der Flüchtlingsunterbringung auf. Oberberg hat seit jeher mit viel Engagement von Verwaltungen und Zivilbevölkerung in der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen aus Kriegsgebieten viel geleistet. Wir leben im Bundesland mit dem fortschrittlichsten Integrations- und Teilhabegesetz in Deutschland, das nach jahrelanger Zusammenarbeit mit 146 Organisationen der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte verabschiedet wurde. NRW als größtes Bundesland wurde "auf vielen Kulturen errichtet". Das sind wichtige Zeichen, die auch zum Gelingen der Aufnahme- und Integrationspolitik beitragen. Wir erwarten, dass die sozialen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten nicht nur für Geflüchtete, sondern in allen gesellschaftlichen Bereichen anerkannt und angegangen werden. Wegschauen und auf andere verweisen ist keine Option. Wir leben in einem vielfältigen Kreis und sind eingebunden in die nationale und europäische Flüchtlingspolitik. Diese humanitären Grundsätze gilt es zu verteidigen.

1.11.2023 Ralph Krolewski

4 - [2023.11.04. ANTRAG AUFNAHME VON FLÜCHTLINGEN \(LINK\)](#)

Weitere Themen der Versammlung waren ein **Bericht zur Wiehltalbahn durch Dr. Ralph Krolewski** und die praktischen Maßnahmen zur **Unterstützung der Mieter-Initiative auf dem Bergneustädter Hackenberg durch Marie Brück**.

BDK - Mandatsvergabe zur Bundesdelegiertenkonferenz

Bei den Wahlen zu den Oberbergischen Bundesdelegierten des Bundesparteitags der Grünen Ende November in Karlsruhe wurden **Sabine Grützmaker** und **Dr. Julian Münster** sowie als Stellvertreter **Malin Spetsmann** und **Marco Brück** gewählt.



DANKE FRIEDHELM MEISEN!

Grüne Abgeordnete besuchen Friedhelm Meisen



Die Abgeordnete des Europaparlaments, Alexandra Geese besuchte zusammen mit der Oberbergischen Bundestagsabgeordneten Sabine Grützmaker, Marie Brück als Fraktionsvorsitzende der Grünen im Kreistag und Kreissprecher Dr. Julian Münster den bekannten und streitbaren Gastronom aus Rebbelroth, um ihm für sein jahrzehntelanges Engagement für Demokratie und Völkerverständigung zu danken. Allein sein Restaurant Holsteiner Fährhaus ist mit seinen unzähligen Ausstellungsstücken aus aller Welt ein lebendiges Museum, in dem sich zudem hervorragend speisen lässt. Und zu jedem Objekt weiß Friedhelm Meisen eine Geschichte zu erzählen, nicht nur zur Zellentür aus dem Kölner Klingelpütz.

Inzwischen hochbetagt, nimmt Meisen hellwach die Veränderungen in unserer Gesellschaft wahr und reagiert regelmäßig mit öffentlichen Anzeigen darauf. Seine Aktionen für gegenseitigen Respekt und Menschenwürde sind Ausdruck seines demokratischen Engagements.

„Ich bin ein Patriot. Wir leben in einem tollen Land, und das lasse ich mir nicht kaputt machen. Und ich liebe Europa!“ Seit vielen Jahrzehnten setzt sich Meisen öffentlich für Demokratie und Toleranz ein. Das bringt ihm nicht nur Freunde ein, aber damit kann er leben. **„Diplomatisches Gefasel ist nicht mein Ding. Ich bin ein Freund klarer Worte“**, sagt Meisen, der auch als Karatelehrer Karriere gemacht hat. Er wünscht sich aber mehr solcher klaren Worte auch aus der Politik.

Wir GRÜNE stimmen ihm zu. Wir arbeiten gegen rechte Einflüsse auf allen politischen Ebenen. Unsere Partei steht geschlossen gegen die zunehmende Menschenfeindlichkeit und alle Hassparolen. **„Wir wollen eine streitbare Demokratie, und dafür stehen Menschen wie Friedhelm Meisen!“** In einem Plädoyer für **„zeitgemäßes Heldentum“** überreichte ihm Kreissprecher Julian Münster ein passendes Geschenk als Dank für sein jahrzehntelanges Engagement.

„Unsere Demokratie braucht Helden“

Grüne EU-Abgeordnete Alexandra Geese ist zu Gast in Oberberg und ehrt Friedhelm Meisen

VON STEFAN CORRSSEN

Gummersbach. Gastwirt Friedhelm Meisen ist bekannt dafür, kein Blatt vor den Mund zu nehmen. Deutliche Worte findet er gegen Impfgegner und alle, die Angst vor Ausländern schüren. Damit macht sich der Inhaber des „Holsteiner Fährhauses“ nicht nur Freunde.

Für die Grünen aus Oberberg und darüber hinaus aber ist der Einsatz von Meisen beispielhaft. Und so nutzte die Grünen-Spitze den Besuch der EU-Abgeordneten Alexandra Geese, um sich bei Meisen zu bedanken und ihm ein Buchgeschenk zu überreichen. Neben Geese waren auch die Bundestagsabgeordnete Sabine Grützmaker, ihre Mitarbeiterin Marie Brück und Kreisverbandssprecher Dr. Julian Münster nach Rebbelroth gekommen. „Unsere Demokratie braucht Helden wie Sie“, lobte Geese. Friedhelm Meisen bedankte sich herzlich. „Wir haben so einen tollen Staat, und ich habe Respekt vor unserem Grundgesetz, da lege ich mich gerne mit der AfD an.“

Am Abend fand im Lindenforum die Kreismitgliederversammlung der oberbergischen Grünen statt. Mit rund 35 Teilnehmenden war die Resonanz eher mäßig, aus Wipperfürth etwa war gar kein Teilnehmer vor Ort. Auch hier ging es um die Frage, wie man mit Geflüchteten umgeht, vor allem im Hinblick auf die Diskussion um eine Landeseinrichtung für Geflüchtete in Gummersbach (wir berichteten). Ein Antrag von Kreistagsmitglied Dr. Ralph Krolewski, der einstimmig angenommen wurde, wendet sich ausdrücklich gegen „populistische Vorurteile, Stigmatisierung und Diskriminierung“.

Das richtet sich vor allem an die Gummersbacher Politik. „Die in den letzten Tagen mehrfach von Kommunalpolitikern aufgestellte Be-



Ehrung für Friedhelm Meisen (Mitte): Im Holsteiner Fährhaus in Rebbelroth überreichen Alexandra Geese, Sabine Grützmaker, Dr. Julian Münster und Marie Brück (v.l.) ein kleines Geschenk. Fotos: Dennis Börsch



Rund 35 Grüne aus Oberberg kamen zur Kreismitgliederversammlung.

hauptung, der soziale Frieden sei durch Flüchtlingsunterkünfte gefährdet, (...), entbehrt in Oberberg bislang jeglichen Nachweises“, so der Antrag. Auch Gastrednerin Alexandra Geese ging auf das Thema

kurz ein. Die Kommunen seien überlastet und bräuchten mehr Unterstützung durch Land und Bund, betonte sie, auch für zusätzliche Kita- und Schulplätze. Die derzeitige Debatte sei aber fehlgeleitet.

In ihrem Vortrag ging die Bonnerin der Frage nach, warum rechte Parteien in Europa auf dem Vormarsch sind und was man dagegen tun könne. AfD und andere Rechtsextreme seien global sehr gut vernetzt und würden vom Geschäftsmodell der Internetriesen wie Google und Facebook profitieren, so Geese. Denn vor allem mit Inhalten, die Angst und Wut schüren, bringe man die Internetnutzer dazu, möglichst lange online zu bleiben – was zu höheren Werbeeinnahmen für die Firmen führt. Mit dem jüngst vom EU-Parlament verabschiedeten Digital Services Act habe man jedoch neue Regeln geschaffen, die die Demokratie stärken.

Weitere Themen auf der Kreismitgliederversammlung waren die Wiehltalbahn und die Gammel-Immobilien auf dem Hackenberg.



STRATEGIEKLAUSUR KREISVORSTAND UND KREISTAGSFRAKTION

BÜRGERMEISTER:INNEN KANDIDIERENDE AUS DEN OVEN



HALBZEIT Zeit für ein Strategiegeläch!

Kreisverband-Klausurtagung mit Phasen.Weise

Ebenfalls auf der Kreismitgliederversammlung hat Julian zu den Ergebnissen unserer Strategieklausur Anfang September 2023 berichtet. Nach langer Planungszeit hatten wir endlich einen gemeinsamen Termin von Kreisvorstand und Kreistagsfraktion gefunden, um uns inhaltlich, strategisch und organisatorisch auf die kommenden Wahlen vorzubereiten.

Nach den klasse Erfolgen der letzten Jahre werden die vor uns liegende Europawahl in 2024 und dann die Wahl zum Bundestag und in den Kommunen 2025 für unseren Kreisverband sicher nicht ganz einfach. Umso wichtiger ist gute Vorbereitung, in die wir mit Sabine Brauer als Moderatorin eingestiegen sind.

Unsere Leidenschaft ist Oberberg. Unsere Lust auf Zukunft hier im Oberbergischen in einer Zeit, in der wir alte Banner einpacken dürfen [z.B. Atomausstieg], andere doch noch ein wenig weiter halten müssen [z.B. Kohleausstieg], ist stark wie eh und je. Aber es gilt jetzt wichtige Weichen zu stellen, für die vielen Herausforderungen unserer Zeit. Die Chancen, die sich auch Oberberg hier bieten dürfen wir nicht verpassen.

Unser Motto: ***Wir wollen ein lebendiges Oberberg in dem sich alle auf die Zukunft freuen können!***

#LustAufZukunft



Heute Weichen
Stellen für ein
Grünes lebendiges
Oberberg, in dem
Sich alle Menschen
auf die Zukunft
treuen können!

WEICHENSTELLER:INNEN GESUCHT

Im Rahmen unserer Überlegungen haben wir ebenfalls beschlossen, ganz offiziell hier bei Euch Bedarfe abzufragen. Und zwar geht es uns nicht ausschließlich um **Interessent:innen für oberbergische Bürgermeisterkandidaturen**, sondern für **alle Gremien** und zu besetzenden Mandate und Ämter.

Damit sich wirklich **#LustAufZukunft** entfachen kann, soll niemand fürchten, in das sprichwörtliche "Kalte Wasser" geworfen zu werden. Wir stellen uns das so vor, dass wir mit einer Erhebung unter allen Ortsverbänden im Kreisgebiet anschließend an den GAR NRW herantreten und uns mit Euch bestmöglich auf die bevorstehenden Wahlkämpfe und Funktionen in den Räten vorbereiten wollen.

Interessierte Weichensteller:innen melden sich einfach mit einer formlosen [EMail \[bitte anklicken\]](#)

Alles andere klären wir dann im Vertrauen.



Grün in Verantwortung



MONA NEUBAUR IN GUMMERSBACH

„Kommune ist der Ort, an dem Klimaschutz Realität wird“

Am 30.10. war Mona Neubaur, stellvertretende Ministerpräsidentin, Wirtschafts- und Klimaschutzministerin, zu Gast in Gummersbach. In der Halle 32 berichteten **Mona Neubaur** und **Tim Achtermeyer**, Landesvorsitzender der GRÜNEN, über ihre Arbeit für NRW und kamen mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch. Kreissprecherin **Bernadette Reinery-Hausmann** und Landtagsabgeordneter **Marc Zimmermann** eröffneten den Abend und luden zum Austausch mit der Politik ein.



In dem Podiumsgespräch ging es unter anderem um das Ziel unserer schwarz-grünen Landesregierung, NRW zur ersten klimaneutralen Industrieregion Europas zu machen und um die Frage, wie Unternehmen in Oberberg die Transformation angesichts vielfältiger Krisen mitgestalten können. **„In Oberberg sind vor allem zwei energieintensive Branchen relevant: Kunststoffverarbeitung und Edelstahlindustrie. Für diese Unternehmen entwickelt sich der Anstieg von Energiepreisen, Rohstoffknappheit und Inflationsrate während der vergangenen Monate zu einer Belastung, die die Produktion und wirtschaftliche Entwicklung der Unternehmen gefährdet. Wenn wir unseren Wohlstand erhalten wollen, müssen wir unsere Unternehmen auf ein sichereres Standbein stellen“**, sagte Tim Achtermeyer.

Auch Mona Neubaur betonte die Bedeutung der engagierten Unternehmer*innen in NRW und in Oberberg: **„Mich als Ministerin tragen in durchaus konjunkturell herausfordernden Zeiten die Zuversicht, der Optimismus und die Entschlossenheit gerade der mittelständischen Unternehmen, die trotz der Vielfalt der Krisen sagen, sie wollen hierbleiben.“**

Im Rahmen der Tourreihe **GRÜN IN VERANTWORTUNG** wird unser Landesverband mit unseren Ministerinnen und Ministern durch das Land reisen, um aktiv den Dialog vor Ort zu suchen. In dieser Legislaturperiode werden Mona Neubaur, Josefine Paul, Oliver Krischer und Benjamin Limbach zahlreiche solcher Gesprächsangebote machen und an mehr als 50 Terminen teilnehmen.

Den Auftakt machten Mona Neubaur und Tim Achtermeyer erfreulicherweise bei uns in Oberberg. Die Ministerin betonte den hohen Stellenwert des ländlichen Raums für NRW und die daraus erwachsenden Aufgaben zur Ertüchtigung der jahrzehntelang vernachlässigten Verkehrsinfrastruktur. Aus dem Publikum, in dem auch eine Reihe von Bürgermeistern und Vertreter der Kreisverwaltung saßen, kamen viele interessierte Fragen. Auf die Frage, welche Rolle Kommunen beim Klimaschutz haben, antwortete Mona Neubaur: **„Im Land und im Bund können wir Gesetze verabschieden. Aber Klimaschutz wird am Ende in den Kommunen umgesetzt. Ohne Kommunen läuft nichts. Kommune ist der Ort, an dem Klimaschutz Realität wird.“**













Nicht mit uns. Nicht in Oberberg.

"NIEMALS WIEDER!" IST HEUTE!

UNSER OBERBERG IST BUNT - NICHT BRAUN!

GEGENDEMO

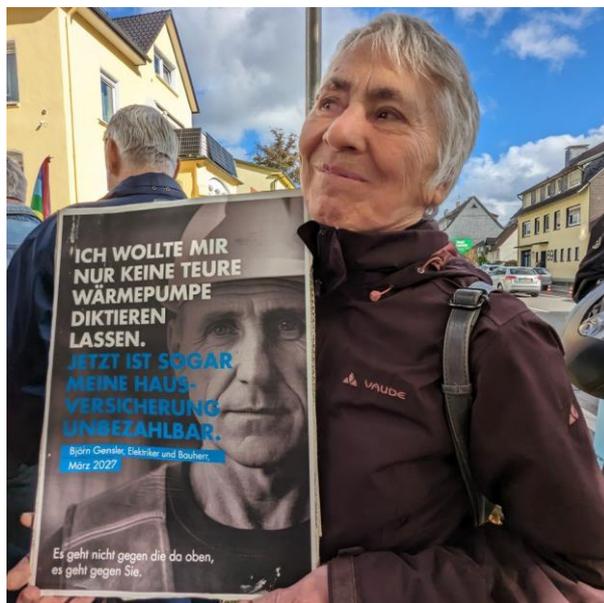
GM-VOLLERMHAUSEN
21.10.2023

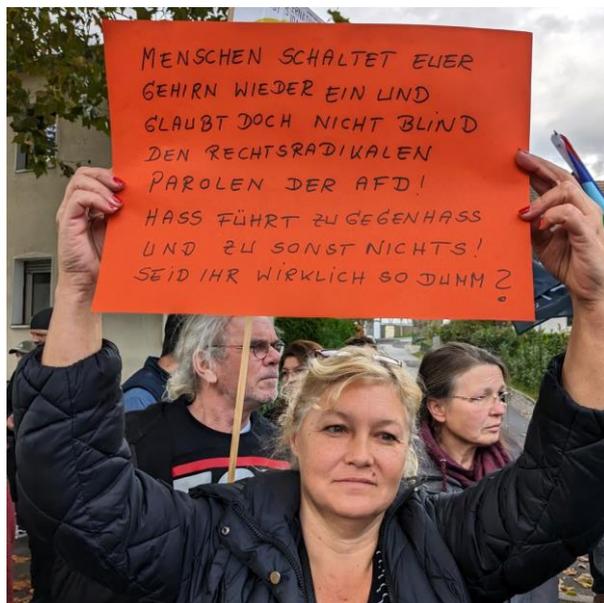


Es gibt absolut keine Entschuldigung dafür, Rechts zu wählen. In unser Oberberg Politiker einzuladen, die sich selbst als "Das freundliche Gesicht der NS" bezeichnen, ist unerträglich. So geschichtsvergessen und dumm kann niemand sein. Rassismus beginnt mit Worten und endet mit Mord. Wir zeigen Verantwortung und stehen auf gegen Faschisten.

Vielen Dank an alle, den den **Protest gegen die AfD und "das freundliche Gesicht des NS"** zum Erfolg gemacht haben! Lasst uns gemeinsam weiter machen! Den Bericht von Unser Oberberg ist bunt nicht braun findet Ihr hier:

[BERICHT ZUM PROTEST](#)









WIEHLTALBAHN

Neuer Anlauf zur Reaktivierung

Kreisentwicklungsausschuss beschließt „vollständige Untersuchung im Regelverfahren“



Am 15. September 2023 hatten Kreisverwaltung und go.Rheinland in einer Pressemitteilung verkündet:

„Reaktivierung der Wiehltalbahn nicht förderfähig!

Laut den Gutachtern wurde bei der Nutzen-Kosten-Untersuchung (NKU) das Kriterium der Förderfähigkeit deutlich verfehlt. Für eine Förderung muss der Nutzen-Kosten-Indikator größer als eins sein. Die Gutachter kamen allerdings nur auf einen Indikator von 0,071.“

In der Öffentlichkeit war nach dieser Meldung klar: **die Wiehltalbahn ist tot**. Auch die Verfechter einer Reaktivierung sahen kaum noch Chancen, dieses Gutachten zu entkräften. **Doch die Verkehrswende ist zu wichtig, um kampflös aufzugeben!**

Der Förderkreis legte die Studie Bahnexperten vor, die sich das Ergebnis genauer ansahen. Unser Arbeitskreis Mobilität und Verkehr (AK MoVe, Leitung und Vorbereitung: Christine Brach) lud Fachleute und Engagierte zu einem Videomeeting am 30.10. ein und erörterte in einer spannenden Diskussion die Situation. Auch in einer Videokonferenz mit unserem NRW-Verkehrsminister Oliver Krischer am 9.11. wurde die Thematik der Wiehltalbahn erörtert.

Nach diesen Beratungen war klar: die im sog. vereinfachten Verfahren durchgeführte Untersuchung ist methodisch derart verkürzt und damit verfälscht, dass das Ergebnis nicht aussagekräftig ist. Es

lässt wesentliche Faktoren außer Acht, die einen höheren Nutzen bewirken. Sie zeigten anhand von Beispielrechnungen, dass sogar ein Nutzen-Kosten-Indikator von deutlich über 1 möglich ist, wenn die Voraussetzungen für eine hohe Auslastung geschaffen werden.

Entscheidend: Umsteigebahnhof in Osberghausen!

So wurden in der vorliegenden Untersuchung vor allem Fahrten innerhalb des Oberbergischen Kreises angenommen, Fahrten nach oder aus Richtung Köln aber weitgehend ignoriert. Der Grund dafür liegt in der schlechten Umsteige Verbindung, die nur in Dieringhausen betrachtet wurde. Das wäre selbstredend wenig attraktiv für Fahrgäste, die von Wiehl nach Engelskirchen fahren wollen oder von Denklingen nach Köln.

Andere Experten brachten Betriebsmodelle ins Spiel, die eine Fahrt von Osberghausen nach Waldbröl in 26 Minuten ermöglichen und einen Kreuzungsbahnhof in Bielstein oder Wiehl überflüssig machen.

Der Verkehrsnutzen muss u.a. auch mit optimierten technischen Bedingungen und angesichts der Erfordernisse von Zielsetzungen einer **Verkehrswende bis 2030** betrachtet werden. **Dabei spielen neben der Verkehrsvermeidung, die Umschichtung vom motorisierten Individualverkehr auf ÖPNV und gekoppelte Nahmobilität zu Fuß und mit dem Rad in einem Umweltverbund eine große Rolle.**

Die Bevölkerung des Südkreises (>60000 Menschen) darf von der Verkehrswende nicht abgehängt werden.

Den o.g. Argumenten konnten sich die Verantwortlichen nicht verschließen. **Die Arbeitsgemeinschaft Wiehltalbahn, bestehend aus Kreisverwaltung, go.Rheinland, den Bürgermeister:innen der Anliegerkommunen sowie dem Förderkreis zur Rettung der Wiehltalbahn und Streckenbetreiber Rhein-Sieg-Eisenbahn verständigten sich daraufhin auf die neue Beauftragung einer umfassenden Untersuchung nach dem Regelverfahren „Standardisierte Bewertung 2016+“.**

Dem folgte am 16. November der Kreisentwicklungsausschuss des Oberbergischen Kreistags einstimmig.

Hintergrund-Info:

Der Verband der Verkehrsunternehmen hat in diesem Rahmen die Wiehltalbahn auf Platz 3 von 250 Bahnstrecken für mögliche Reaktivierungen gesetzt. Die Empfehlung des VDV auf Basis der alten Untersuchung findet Ihr [HIER](#).

TIPP DES TAGES

Carl Orffs „Carmina Burana“ führen 130 Sänger, Musiker und Solisten um 19 Uhr in der Bielsteiner Aula des Schulzentrums (Dr.-Hoffmann-Platz 1) auf. Ein zweites Konzert gibt es am Sonntag in Morsbach. Karten gibt es im Vorverkauf für 18/10 Euro unter (0 22 62) 99-260 und (0 22 94) 238.



Politik hat Zweifel an Art des Gutachtens

Formelle Fehler bei der neuen Machbarkeitsstudie zur Wiehltalbahn? Go Rheinland widerspricht den Vorwürfen

VON TORSTEN SÜTZER

Oberberg. Glitzert da in Sachen Reaktivierung der Wiehltalbahn doch wieder ein Hoffnungsschimmer am Firmament? Noch vor einem Monat ließ die Veröffentlichung eines Zwischenergebnisses der Machbarkeitsstudie kaum eine andere Interpretation zu: Die Strecke schien mausetot. Der Nutzen-Kosten-Faktor lag nicht bei 1, den es zu erreichen gilt, und auch nicht bei 0,5 wie bei einem älteren Gutachten, sondern soll bei 0,07 liegen.

Jetzt hat die Landespolitik Zweifel an der Art und Weise des neuen Gutachtens geäußert, vermutet formel-

“ Diese Kurzbeurteilung lässt natürlich viele Dinge weg, die in der ausführlichen Beurteilung der Strecke zum Tragen gekommen wären

Bodo Löttgen,
Landtagsabgeordneter



Befürworter einer Reaktivierung der Wiehltalbahn betonen die Bedeutung, die die Bahn zwischen Gummersbach und Südkreis haben könnte. Foto: Börsch

le Fehler. In einem gemeinsamen Brief fordern die drei Landtagsabgeordneten Bodo Löttgen (CDU), Marc Zimmermann (Grüne) und Gordan Dudas (SPD) unisono eine neue Machbarkeitsstudie, weil die jüngste den notwendigen Anforderungen gar nicht entspreche.

Sowohl der Oberbergische Kreis als Auftraggeber als auch der Zweckverband Go Rheinland als Aufgabenträger hätten die jüngste Studie im nicht zulässigen „Vereinfachten Verfahren“ ausgeschrieben und durchgeführt. Dieses Verfahren sei aber nur bei Investitionsvolumina unter 30 Millionen Euro zulässig. Die Investitionen zur Reaktivierung der Wiehltalbahn lägen aber laut

jüngstem Gutachten bei bis zu 70 Millionen. Dass dieser Widerspruch nicht aufgelöst worden sei, sei „unverständlich“.

Andere Strecken in Nordrhein-Westfalen seien im Normalverfahren beurteilt worden, erläutert Löttgen, die der Wiehltalbahn aber nur per Kurzgutachten. „Diese Kurzbeurteilung lässt natürlich viele Dinge weg, die in der ausführlichen Beurteilung der Strecke zum Tragen gekommen wären“, so Löttgen, der sich von einem Regelverfahren verspricht, „dass wir die gleichen Chancen wie alle anderen Strecken haben“. Dies vor allem vor dem Hintergrund, dass die Wiehltalbahn vor gut einem Jahr in einer bundeswei-

ten Studie vom Verband deutscher Verkehrsunternehmen unter mehr als 250 Strecken hinsichtlich des Reaktivierungspotenzials im Ranking nach Bevölkerungszahl auf dem dritten Platz gelandet war.

Thema im Ausschuss

Der Vorwurf, es sei ein falsches Verfahren zum Zuge gekommen, weist man beim Aufgabenträger Go Rheinland (vormals NVR) allerdings zurück: „Dieser Vorwurf trifft aus unserer Sicht nicht zu, da die Landtagsabgeordneten offenbar von einer falschen Voraussetzung ausgehen. Das Verfahren befindet sich noch in einem frühen Stadium einer Machbarkeitsstudie und nicht in

einer „abgestimmten standardisierten Bewertung“, heißt es dort auf Anfrage. Diese komme erst zu einem späteren Zeitpunkt. „Mit allen am Projekt Beteiligten war im Vorfeld verabredet, dass die Machbarkeitsstudie und das vereinfachte standardisierte Verfahren lediglich ein erster Schritt für die weitere Beratung zur Zukunft der Wiehltalbahn darstellen. Mit dem Vorliegen dieser frühen Machbarkeitsstudie soll weiterhin in einem interaktiven Verfahren die bestmögliche Planungsidee für das Projekt entwickelt werden.“

Deshalb müsse auch kein neues Gutachten in Auftrag gegeben werden, „da die aktuelle Untersuchung noch läuft und noch nicht abge-

schlossen ist“, heißt es bei Go Rheinland auf Anfrage.

Gerhard Mansel, Vorsitzender des Vereins „Förderkreis zur Rettung der Wiehltalbahn“, wollte sich vorerst nicht zu den neuen Entwicklungen äußern. Und auch der Oberbergische Kreis als Auftraggeber des Gutachtens bezog zunächst keine Stellung. Auf Anfrage verwies eine Sprecherin auf die Sitzung des Kreisentwicklungsausschusses, der am kommenden Donnerstag im Beisein von Go Rheinland-Geschäftsführer Dr. Norbert Reinkober und einem der Gutachter stattfindet. Dort steht das Thema „Wiehltalbahn – Zwischenergebnis der Machbarkeitsstudie“ auf der Tagesordnung.



Natürlichen Klimaschutz leben – Aggeraue retten!

Ein Beschluss des Kreisvorstands Oberberg vom 18.9.2023



„Intakte Ökosysteme sind natürlicher Klimaschutz“ – Diese Aussage ist der erste Satz des Aktionsprogramms „Natürlicher Klimaschutz“. Bei uns im Oberbergischen Kreis sind vor allem die Wälder, Gewässer und Auen, die hierzu einen Beitrag leisten sollten. Jedoch ist der Zustand dieser Ökosysteme bei uns kritisch.

Als Kreisvorstand schließen wir uns daher der Forderung „Aggeraue retten!“ unseres Ortsverbandes Engelskirchen und dem gleichnamigen Beschluss des NABU-Kreisverbandes Oberberg an. (Danke Friedrich für Deine unermüdliche Arbeit!)

Durch Mängel an einem der Wehre (Ohl-Grünscheid, Engelskirchen) musste dieses 2019 geöffnet und der Stau abgelassen werden. In den trockengefallenen Bereichen ist seitdem eine natürliche Flusslandschaft mit einer neuen Weichholzaue entstanden – laut Bundesnaturschutzgesetz ein besonders schützenswertes Biotop. Auch Äschen haben dieses neu entstandene Habitat erschlossen.

Das Wehr ist inzwischen instandgesetzt. Die noch ausstehende Sicherheitsüberprüfung mit der Berechnung des Niederschlags-Abfluss-Modells verhindert derzeit die Inbetriebnahme und das erneute Anstauen. Jedoch sollte hier nicht erst das Ergebnis abgewartet, sondern dem natürlichen Klimaschutz und Erhalt besonders schützenswerter Biotope Vorrang gegeben werden.

Die Forderung "Aggeraue retten!" stößt auch in der Bevölkerung auf großen Zuspruch. Dies zeigte sich sowohl auf dem Bergischen Landschaftstag am 3. September als auch durch das Mitteilungsblatt „Rundblick“ der betroffenen Gemeinde Engelskirchen, das der Aggeraue das Titelfoto widmete.

Der Schutz der Aue und die damit einhergehende Stilllegung der kleinen Wasserkraftanlage bei Ohl-Grünscheid entspricht zudem der Nationalen Wasserstrategie. Diese schlägt u.a. den Rückbau von Kleiner Wasserkraft (<1 MW Leistung) vor. Im Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz wird explizit auf die Bedeutung von Auen verwiesen. Hier heißt es: "Die großen Potenziale naturnaher Fließgewässer und Auen sollen für den natürlichen Klimaschutz, zur Klimaanpassung und zur Sicherung der biologischen Vielfalt genutzt werden. Wo immer es möglich ist, sollen naturnahe Fließgewässer und Auen bewahrt und wiederhergestellt werden."

An der Agger ist dies möglich.

Wir unterstützen daher die Forderung unseres Ortsverbandes und des Kreisverbandes des NABU Oberberg. Das Ministerium muss eine Veränderungssperre erlassen und Verhandlungen mit den Aggerkraftwerken GmbH & Co.KG aufnehmen, um die Aggerauen in die öffentliche Hand zu überführen und zu retten.

Die Zeit drängt!

Online lesen: rundblick-engelskirchen.de/e-paper

rundblick

ZUGLEICH
AMTSBLATT
DER GEMEINDE
ENGELSKIRCHEN

ENGELSKIRCHEN

46. Jahrgang Freitag, den 15. September 2023 Nummer 19 / Woche 37 Alle 14 Tage in Ihrem Briefkasten

Aggeraue retten!

Großer Zuspruch auf dem Bergischen Landschaftstag



Bedrohte Aggeraue

Bericht auf Seite 10





Mieterinitiative Hackenberg

Vor ein paar Wochen bekamen wir über Arzu Durmus einen Hinweis auf Missstände in einer ganzen Reihe von Wohnblocks auf dem Bergneustädter Hackenberg. Die Stadt hatte bereits vor einigen Monaten eine Mieterinitiative gegründet, um möglichst nah an den die Mieter in ihrer Wohnsituation belastenden Problemen zu sein. Michael Zwinge als Sozialarbeiter der Stadt ist dort das Bindeglied zur Verwaltung. Aber die Not war groß, als wir uns mit Vertreterinnen der Initiative in einem türkischen Café in Derschlag trafen. (Bild)

Die Frauen schilderten unglaubliche Zustände. Keine Heizung, kein Warmwasser, schwarzer Schimmel, leckende Abwasser-Leitungen und damit verbundene Fäkalien, die hinter den Wänden bis in die Kellerräume triefen. Ein ganzer Block von Ungeziefer befallen. Und das Schlimmste: Niemand kümmerte sich.

Eigentümer der 5 Blöcke mit rd. 500 Wohneinheiten ist „Brookfield“, ein kanadischer Hedgefonds. Einige Mieter:innen haben bereits neue Wohnungen gefunden. Derzeit leben jedoch noch knapp 300 Menschen in den Objekten.



Einen guten Fotografen engagiert, meldete sich unsere Gruppe zur Begehung vor Ort an. Und die unglaublichen Schilderungen wurden bestätigt und ergänzt durch vollumfängliche Sinneseindrücke. Familien mit 5 Kindern, schwarzer Schimmel rund um die Kinderbetten, Kakerlaken... Ach schaut selbst (siehe Bilderstapel).

Sabine organisierte Kontakte über die Bundestagsfraktion zu Abgeordneten, die bei vergleichbaren Situationen in ihren Wahlkreisen bereits erfolgreich Lösungen erkämpft hatten.

Arzu kümmerte sich um Kontakte zu einer Landesarbeitsgruppe zum Thema Schrottimmobilien.

Bernadette führte Gespräche im Kreis mit dem Leiter des Gesundheitsamtes und dem Kreisdirektor.

Marie sprach ausführlich mit dem Bürgermeister der Stadt Bergneustadt, ließ sich als ständiger Kontakt zur Mieterinitiative in deren WhatsApp-Gruppe hinzufügen und hält Kontakt zu den hiesigen Medien.

Einerseits erhielten wir so wichtige Informationen zur Behandlung solcher Immobilien, respektive den Umgang mit Eigentümer und Verwaltungsgesellschaft. Aber schon nach dem ersten Gespräch in Derschlag war klar: **Nur über konstanten Druck gelingt es uns, Dinge zum Positiven zu bewegen.** So wirbelten Bernadette und Marie eine Menge Staub auf, der zu unmittelbaren Reaktionen seitens des städtischen Ordnungsamtes führte. Zwangsmaßnahmen angedroht, bewegte sich nach Monaten nun auch die Verwaltungsgesellschaft.

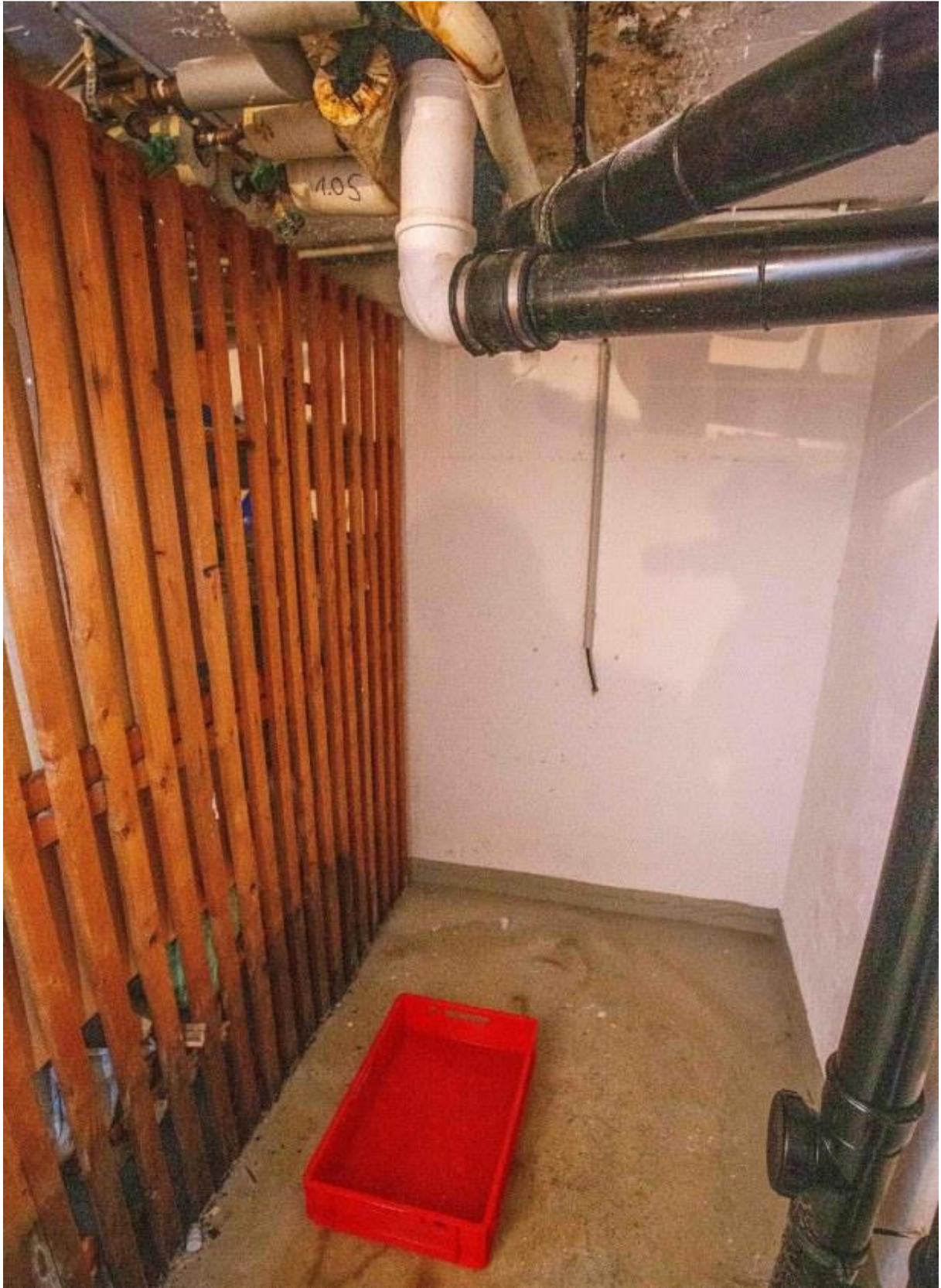
Und dennoch ist es ein stetes Ringen. Der nun vorgelegte Sanierungsplan der Verwaltungsgesellschaft sieht die sukzessive Renovierung über einen Zeitraum von 10 Jahren vor. Der Bürgermeister hat keinen Ausweichraum für die Mieter:innen. Und immer wieder wird nun repariert und instandgesetzt. Aber bei Marie gehen an manchen Tagen über 100 Beschwerdemeldungen im Chat ein. Die Menschen sind verzweifelt, auch wenn just im Augenblick die Heizungen laufen, ist es nur eine Frage der Zeit, bis es zu neuen Ausfällen kommen wird. Und es ist Winter...

Wir kämpfen weiter für die Mieter:innen auf dem Hackenberg.

















ARBEITSGRUPPE FINANZEN- WER WIR SIND

Wir sind die Arbeitsgruppe Finanzen der bündnisgrünen Bundestagsfraktion. Wir, das sind mit mir Katharina Beck (Leitung), Sascha Müller (Obmann), Deborah Düring, Bruno Hönel, Dr. Sebastian Schäfer und Stefan Schmidt. Unsere Stellvertreter*innen im Finanzausschuss gehören auch mit dazu: Frank Bsirske, Dr. Sandra Detzer, Sven-Christian Kindler, Omid Nouripour, Karo Otte, Melis Sekmen und Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn.

Im Folgenden möchte ich Euch gerne diesen zentralen Bestandteil meiner Arbeit in der Bundestagsfraktion vorstellen.

Wenn Ihr Fragen dazu habt, erreicht Ihr mich jederzeit unter diesem [KONTAKT](#).

Eure Sabine

ARBEITSGRUPPE FINANZEN- WAS WIR MACHEN

Herzstück der AG ist die Arbeit im Finanzausschuss des Bundestags. Steuerpolitik, Finanzmarktregulierung (Banken, Wertpapierfirmen und Versicherungen) und der Zoll sind die wichtigsten Themenfelder. Im Ausschuss wird an Gesetzesinitiativen gearbeitet, Entscheidungen im Plenum werden vorbereitet. Der Finanzausschuss spiegelt bis auf die Haushaltspolitik die Aufgaben des Bundesministeriums der Finanzen und stellt die parlamentarische Kontrolle des Ministeriums und der Behörden in dessen Geschäftsbereich sicher. Dazu gehören unter anderem die Bundesanstalten für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und Finanzmarktstabilisierung (FMSA) sowie das Bundeszentralamt für Steuern. Wir arbeiten dafür eng mit unseren Kolleg*innen in den

Ländern, im Europäischen Parlament und in der Bundestagsfraktion zusammen. Ein essenzieller Teil unserer Arbeit ist der Dialog mit der Zivilgesellschaft, der Wissenschaft und der(Finanz-)Wirtschaft.

DAS WOLLEN WIR ERREICHEN ...

Sozial-ökologische Steuergerechtigkeit

- **Gerechte Finanzierung des Gemeinwesens:** Wir wollen, dass die Besteuerung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit folgt.
- **Kampf der Steuerflucht:** Wir wollen missbräuchliche Steuergestaltung und -hinterziehung verhindern und treten international für Steuergerechtigkeit ein.
- **Abbau umweltschädlicher Subventionen:** Wir wollen Steuerbegünstigungen beseitigen, die mit den Klimazielen nicht vereinbar sind und gezielt Anreize für Zukunftstechnologien setzen.

Sichere und nachhaltige Finanzmärkte

- **Einfache und klare Regeln:** Wir wollen effektive Regeln für Banken, damit sie ihre Verluste selbst tragen.

- **Gute Produkte und Beratung:** Wir wollen Zugang zu unabhängiger Finanzberatung und kostengünstige Alternativen für die private Altersvorsorge.

- **Nachhaltigkeitswende:** Wir wollen Kapital für die Transformation mobilisieren und Umwelt- und gesellschaftliche Risiken von Investitionen einpreisen.

Eindämmen der Finanzkriminalität

- **Transparenz:** Wir wollen den Missbrauch von Briefkastenfirmen beenden, damit klar ist, wer Eigentümer*in einer Immobilie oder Yacht ist.

- **Schlagkräftige Institutionen:** Wir wollen Aufsichts-, Strafverfolgungs- und Steuerbehörden, die besser organisiert sind als das organisierte Verbrechen.

- **Kriminalität den Nährboden entziehen:** Wir wollen illegales Vermögen konsequent aufspüren und einziehen.

ARBEITSGRUPPE FINANZEN- WAS WIR WOLLEN

Schulen, Schienen, Straßen, äußere und innere Sicherheit – all dies sind wichtige Staatsaufgaben. Die gibt es nicht umsonst. Deshalb ist der Staat auf Steuereinnahmen angewiesen. Bei der Steuererhebung muss es fair zugehen. Dafür müssen Steuergesetze gerecht ausgestaltet sein – auch international. Hier kommen wir mit dem Gesetz zur globalen Mindestbesteuerung von Unternehmen ein gutes Stück voran. Starke Schultern können mehr beitragen als schwache. Gerade Haushalte mit kleinen Einkommen dürfen nicht überfordert werden. Während der Energiekrise haben wir Haushalte deshalb deutlich entlastet, zum Beispiel durch eine Energiepreispauschale in Höhe von 300 Euro, Steuersenkungen und Preisbremsen. Mit einem Klimageld pro Kopf wollen wir Bürger*innen bei steigenden CO₂-Preisen fair entlasten. Gleichzeitig müssen Steuern flächendeckend erhoben werden. Wer ehrlich seine Steuern zahlt, darf nicht im Nachteil sein. Steuern können auch Anreize setzen für ein klimafreundlicheres Wirtschaften. Wir wollen, dass steuerliche Förderungen der Zukunftsfähigkeit unseres Landes dienen. Deshalb haben wir Photovoltaik auf dem Dach von der Steuer befreit. Deshalb wollen wir umwelt- und klimaschädliche Subventionen abbauen, zum Beispiel mit einer Reform der Steuerbegünstigung von Dienstwagen. Zur Gerechtigkeit gehört auch, Finanzkriminalität konsequent zu bekämpfen. Gut funktionierende Märkte und fairer Wettbewerb sind Voraussetzungen für einen gerecht verteilten Wohlstand. Mit mehr Transparenz, starken Institutionen und klaren Regeln wollen wir Unternehmer*innen, Anleger*innen und Steuerzahler*innen schützen. Der Finanzsektor muss den Menschen dienen und nicht umgekehrt. Finanzinstitutionen müssen so stabil aufgestellt sein, dass sie in einer Krise nicht mit Steuergeld gerettet werden müssen. Mit einfachen und klaren Regeln wollen wir den finanziellen Verbraucherschutz stärken und schädliche Spekulationen, zum Beispiel auf Nahrungsmittel, eindämmen. Unter dem Stichwort „**Sustainable Finance**“ arbeiten wir daran Grundlagen in der Finanzwirtschaft zu schaffen, damit neben der finanziellen Rendite auch die Wirkungen auf Umwelt und Gesellschaft in die Investitions- und Anlageentscheidungen einbezogen werden. **So wird der Finanzmarkt zum Ermöglicher eines neuen, nachhaltigen Wohlstands.**



Grüner Klimakongress im Landtag NRW

Am 4.11. fand in Düsseldorf die größte Veranstaltung statt, die von der Grünen Landtagsfraktion jemals auf die Beine gestellt wurde. Etwa dreihundert interessierte Menschen kamen, um mit Politiker*innen und Fachleuten zu diskutieren.

Trotz erster Erfolge in NRW, beispielsweise beim Kohleausstieg und den Erneuerbaren, ist ambitionierte Klimaschutzpolitik weiterhin äußerst dringlich! Daher ging es beim Klimakongress darum, gemeinsam über aktuelle Klimaschutzmaßnahmen und die voranschreitende Transformation in NRW zu diskutieren, und sich Gedanken darüber zu machen, was in Zukunft konkret geschehen muss.

Nach der Podiumsdiskussion konnten sich die Teilnehmer in einem von 13 spannenden Workshops über klimarelevante Aspekte wie Kultur, Gesundheit, Finanzen, Wärmeversorgung oder Industrie austauschen und Ideen erarbeiten.

Marc hat zusammen mit seinem Kollegen Jan Matzoll und Lars Baumgürtel (CEO von [ZINQ GmbH & Co. KG](#)) einen Workshop zum Thema "Klimaneutrale Industrieregion von Morgen" angeboten. Die Teilnehmer durften ihre Überlegungen mit einem innovativen Workshop-Konzept umsetzen, bei dem nicht nur der Kopf arbeitet, sondern auch die Hände „mitdenken“. Mit den berühmten Klemmbausteinen, die wir alle aus unserer Kindheit kennen, wurde das kreative Denken angeregt und nach einer „Bauanleitung“ für die klimaneutrale Industrieregion der Zukunft gesucht.

Die Teilnehmenden betonten die entscheidende Bedeutung des Zusammenspiels zwischen Politik, Wissenschaft, Wirtschaft/Industrie und dem sozialen Sektor für eine nachhaltige Entwicklung hin zur Kreislaufwirtschaft. Dabei sollte der Mensch im Mittelpunkt stehen und Teilhabe möglich sein. Bedeutung wurde auch einer nachhaltigen Bildung zugesprochen, die für alle zugänglich ist. Einig waren sich alle, dass es wichtig ist, Menschen zu ermutigen und zu motivieren, aktiv an der Gestaltung einer gerechten Zukunft mitzuwirken. Die vielen interessanten Ideen, die in diesem Workshop erarbeitet wurden, werden Marc und Jan nun mit in ihre Fraktionsarbeit nehmen.





Klimakongress

Ab 10:30 Uhr Einlass und Empfang

11:00 Uhr Begrüßung und Grußwort

11:15 Uhr **Keynote:** Michael Bloss (Abgeordneter der Greens/EFA im Europäischen Parlament): „In Brüssel und NRW gemeinsam klimaneutralen Wohlstand schaffen“

11:45 Uhr Podiumsdiskussion zum Motto „Klimapolitischer Aufbruch in NRW: Wie gelingt die Transformation?“ mit Mona Neubaur (Ministerin für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie), Prof. Dr.-Ing. Manfred Fischer (Präsident und wissenschaftlicher Geschäftsführer des Wuppertal Instituts), Thomas Meiers (GBCE Westfalen), Pauline Brünner (Klimaktivistin Fridays for Future Deutschland)

13:15 Uhr Mittagspause mit Imbiss

14:15 Uhr Themenforen der Abgeordneten mit weiteren spannenden Gästen und allen Teilnehmenden

16:00 Uhr **Mit Mut und Plan voran gehen: Mehr Klimaschutz für NRW – Abschlussakt** mit Wibke Brems Mdl. und Michael Röß-Letmann Mdl.

16:30 Uhr Ende

Newsletter

abonnieren 



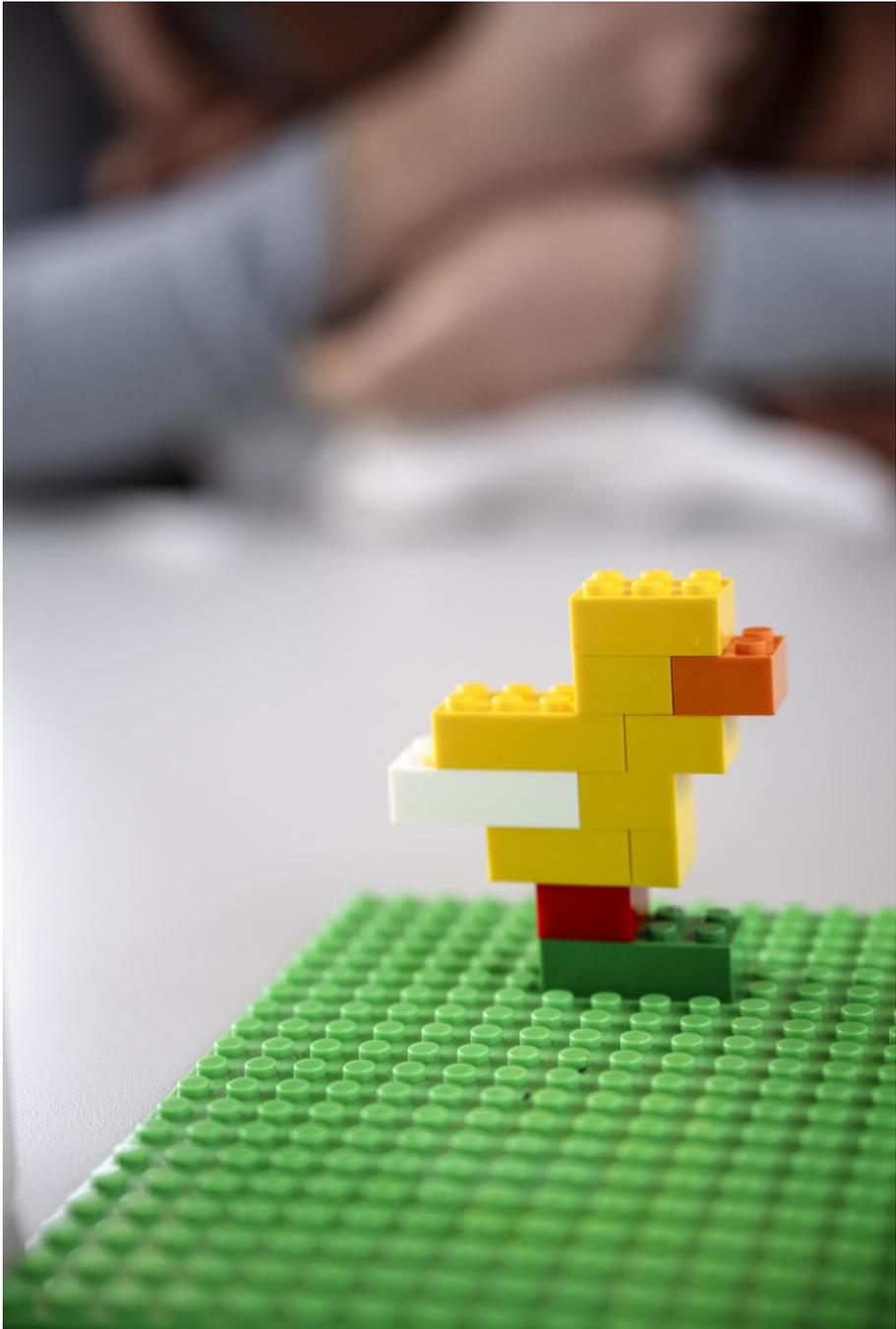
www.gruene-fraktion.de/newsletter













AUCH ohne
Muckis was
BEWEGEN!



JETZT FÜR
Bürgermeister:in / Kreistagsmitglied
**EIN MANDAT
MELDEN**



AUS DEM JUGENDHILFE-AUSSCHUSS

Die berufliche Zukunft junger Menschen im Oberbergischen Kreis sollte in Anbetracht von Fachkräftemangel und den Auswirkungen der Pandemie besonders in den Blick genommen werden. **Bedauerlicherweise mussten unterstützende Angebote wie „Start“ beendet werden. Hier besteht nun die Notwendigkeit und die Möglichkeit, eine Lücke zu schließen. Jugendberufsagenturen wären eine mögliche Lösung.**

Diese haben das Ziel, die Integrationschancen von Jugendlichen zu verbessern, in dem sie eine Vernetzung von bereits vorhandenen Institutionen (Arbeitsagentur, Jobcenter, Jugendamt) forcieren und somit Kompetenzen und Ressourcen bündeln. Jugendberufsagenturen agieren bereits erfolgreich bundesweit. Der oberbergische Kreis ist eine von vier Ausnahmen in NRW, in denen noch keine solche Agentur gegründet wurde. Aus unserer Sicht stellt dieser Umstand eine verpasste Chance dar, auch weil der Oberbergische Kreis damit nicht von Vernetzungs- und Weiterbildungsangeboten in diesem Bereich profitiert und Ressourcen ungenutzt lässt, die abgerufen werden könnten. Weiterhin lässt sich die Ausrichtung einer Jugendberufsagentur so flexibel steuern, dass etwa strukturschwache Bereiche stärker aufgefangen werden. Eine zielgenaue Anwendung wäre im Oberbergischen Kreis also möglich, ohne bereits bestehende Strukturen zu gefährden. Bei der Einrichtung einer Jugendberufsagentur könnte die Erfahrung der in Bonn ansässigen Servicestelle Jugendberufsagenturen genutzt werden, um das Konzept passgenau ins Oberbergische zu übertragen. Diese steht außerdem für einen Einblick in die Arbeit der Jugendberufsagenturen zur Verfügung und könnte auch Kontakte zu anderen Kreisen herstellen, in denen das Konzept bereits erfolgreich angewendet wurde.

Für weitere Informationen zu diesem Thema:

[Die Webseite der Servicestelle Jugendberufsagenturen](#)

[Die Webseite der Bundesagentur für Arbeit](#)

UNSER ANTRAG:

Der Oberbergische Kreis richtet eine Jugendberufsagentur ein. Die Verwaltung wird beauftragt, nach den dafür am besten geeigneten Möglichkeiten zu suchen.

[Kim Schröter]



ANFRAGE ZUM KREISAUSSCHUSS

Umsetzung des Chancen-Aufenthaltsrechts im Oberbergischen Kreis

Der seit 31.12.22 geltende § 104c „Chancen-Aufenthaltsrecht“ des Aufenthaltsgesetzes schafft für in Deutschland gut integrierte Menschen Zukunftsperspektiven. Die **Voraussetzungen** dafür sind eine zum Stichtag 31. Oktober 2022 seit mindestens fünf Jahren bestehende Duldung, **Gestattung** oder **Aufenthaltserlaubnis** in Deutschland. Betroffene dürfen **nicht straffällig geworden** sein und müssen sich **zur freiheitlich demokratischen Grundordnung bekennen**. Gut integrierte Jugendliche und

Heranwachsende bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres können bereits nach drei Jahren Aufenthalt eine Aufenthaltserlaubnis erhalten. Zuwanderer erhalten damit Chancen zur Teilhabe am Erwerbsleben, sprachlicher Integration und Leistungsempfang nach SGB II. Bei gegebenen Voraussetzungen soll mit diesem Gesetz ein Chancen-Aufenthaltsrecht für 18 Monate gewährt werden. Sie haben anschließend die Möglichkeit, ein dauerndes Bleiberecht zu erlangen, wenn sie eine Erwerbstätigkeit und entsprechende Sprachkenntnisse vorweisen und ihre Identität nachweisen können. Ansonsten erfolgt die Rückversetzung in den Duldungsstatus.

Durch das Chancen-Aufenthaltsrecht werden die kommunalen Finanzen entlastet, der Wirtschaft dringend benötigte Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt und die gesellschaftliche Integration gefördert. Nicht zuletzt wird für diese Menschen eine Zukunftsperspektive eröffnet.

Wir stellen dazu folgende **Fragen**:

1. Wie hoch ist die Anzahl der Anspruchsberechtigten im Oberbergischen Kreis ?
2. Wie viele Anträge wurden bisher gestellt?
3. Wie viele Anträge sind bisher anschließend bearbeitet worden?
4. Kommt es bei der Antragsbearbeitung zu zeitlichen Verzögerungen und wenn ja, was sind die Gründe dafür?
5. Erhalten Antragsteller:innen einen sofortigen Termin, um mit der Antragstellung die im Gesetz festgelegten Fristen wahren zu können?
6. Werden zur schnellen Bearbeitung Notfall-Teams eingesetzt, wie es in anderen Städten (z.B. in Bonn) gehandhabt wird?
7. Welche Beratungsmöglichkeiten gibt es für Migrant:innen, wer führt Beratungen durch und wie ist die Kreisverwaltung darin eingebunden?
8. Welche Effekte sieht die Kreisverwaltung für den Oberbergischen Arbeitsmarkt und die Unternehmen?
9. Welchen Einfluss auf die kommunalen Finanzen hat das Chancen-Aufenthaltsrecht durch den Wegfall von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz?

[Dr. Ralph Krolewski]

Wir werden Euch über die Antworten berichten.



ANFRAGE JUGENDHILFE-AUSSCHUSS

Kindeswohl bei Abschiebungen von Kindern im Oberbergischen Kreis

Immer wieder sind im Oberbergischen Kreis Fälle von Abschiebungen von Familien mit Kindern dokumentiert worden. Es liegen Berichte von Freunden und Nachbarn vor, die den Ablauf besonders für die Kinder als unverhältnismäßig und traumatisierend beschreiben. Insbesondere Kinder werden in ihrer gesundheitlichen Entwicklung dadurch enorm beeinträchtigt. Seit 2021 liegen uns 3 bekannte Fälle im OBK vor, bei denen eine besondere Härte in der Abschiebep Praxis von Kindern festgestellt werden kann: [Oktober 2021 \[Link\]](#)

[April 2022 \[LINK\]](#)

September 2023

Ein dritter Fall wird in einem Augenzeugenbericht vom 04.09.2023 berichtet, der eine Abschiebung einer Familie aus China mit 5 Kindern betrifft. Die Eltern wurden demnach getrennt und mit Hand- und Fußfesseln in unterschiedliche Fahrzeuge gesetzt, der Vater war wohl verletzt und hat geblutet. Das älteste Kind (10 -12 Jahre) hat persönliche Dinge packen sollen. Die Kinder seien dann, von den Eltern getrennt, in einem dritten Auto abtransportiert worden. Diese Abschiebemaßnahme haben Nachbarn verfolgt. Darunter sind andere Kinder, denen eine Abschiebung angedroht wird. Seitdem zeigen diese Kinder eine verstärkte Angststörung mit weit-reichenden Folgen.

Wir stellen deswegen folgende Fragen und bitten um schriftliche Beantwortung und Aussprache dazu:

1. Wie viele Kinder wurden in den letzten 3 Jahren im OBK abgeschoben?
2. Wie viele Kinder sind aktuell im OBK von Abschiebung bedroht?
3. Arbeiten Jugendamt, Ordnungsamt und die Ausländerbehörde bei Abschiebungen von Kindern zusammen? Wenn ja: Welches Konzept liegt dazu vor?
4. Ist die Kinderschutzstelle des OBK eingebunden?
5. Was unternimmt der OBK, um das Kindeswohl vor und während einer Abschiebung sicherzustellen?
6. Wie wird darüber hinaus sichergestellt, dass die Kinderrechte eingehalten werden?

[Marie Brück]

Die Anfrage wurde von der Ausschussmehrheit gegen unsere, die Stimmen der SPD und DIE LINKE von der Tagesordnung genommen. Wir werden prüfen [\[GAR\]](#), wie wir hier weiter vorgehen.





MAHNWACHE

Lützerath



lebt!

Dorfspaziergang

Und wieder trafen sich viele interessierte Menschen zum Dorfspaziergang in Keyenberg. Diesmal fokussierten sich die Themen um die Bereiche Nahrung, Lebensmittelvernichtung, Wasser und dem Verlust von guten Ackerböden. Ein Landwirt aus Holzweiler schilderte, wie er Probleme hatte, seine erntereifen Kartoffeln und Bohnen zu ernten, da RWE schon einen Wall um das gepachtete Ackerland gezogen hatte. Er rechnet mit erheblichen Verlusten, da die Felder dadurch teilweise nicht mehr erntbar sind und dementsprechend vernichtet werden. Dies im Hintergrund, dass immer mehr Menschen in Deutschland nicht mehr genug Geld haben, um sich gesunde Nahrungsmittel zu leisten. Dieses belegen die Daten von vielen sozialen Einrichtungen, wie den Tafeln, die durch ehrenamtliche Menschen betrieben werden. Weitere Möglichkeiten um Lebensmittel vor der sinnlosen Vernichtung zu retten sind Foodsharing sowie das Containern. Bitte informiert euch in eurer Stadt, denn Foodsharing gibt es sehr häufig. RWE ist aber nicht nur ein Energiekonzern, sondern besitzt im rheinischen Revier enorm viele Ackerflächen, d.h. die Landwirte sind auf RWE als Pächter angewiesen. Peter Donatus erzählte über die Lage im globalen Süden und deren Ausbeutung von Land. Die Menschen haben nur wenig zu essen, ihnen wird das Land genommen, damit es einigen Menschen im Westen und Konzernen weiterhin gut geht. Die globale Gerechtigkeit ist nicht gegeben und wir sind aufgefordert, dieses immer wieder einzufordern. Bei unserem Spaziergang kamen wir auch an die Niers und zum Thema „Wasser“, welches enorm an Wichtigkeit in den letzten Jahren zunahm und zunehmen wird. Nach der neuen Leitentscheidung halten RWE und die Politik weiterhin an der Befüllung des Tagebaulochs Garzweiler II und Hambacher Loch fest. Laut Wissenschaftlern ist klar, dass dieses Wasser lediglich in den oberen Wasserschichten „Leben“ zulässt, in der Tiefe wird es aufgrund seines PH-Wertes dieses nicht geben. Ein Anwohner aus Keyenberg ging auf die neue Leitentscheidung ein, freut sich, dass in ihr der Erhalt der fünf Dörfer verankert ist. Trotzdem sieht er es sehr kritisch, dass der Abstand zu den Dörfern eingehalten wird, die Häuser in den Dörfern nicht weiterhin zerfallen, die Menschen ihre Häuser zurückkaufen können, etc.. RWE müsste eigentlich 400m Abstand zu Keyenberg einhalten, diese wurden aber bereits unterschritten. Mann kann RWE

einfach nicht trauen und keiner kontrolliert es! Zum Abschluss saßen wir bei regem Austausch in Unser Aller Wald und genossen die Atmosphäre.

[Mahnwache Lützerath/ Dr. Philippe Bergmann]













Nicht nur der Weihnachtsmann, auch die nächsten Wahlkämpfe stehen schon vor der Tür.

Um das notwendige Know-How oder mehr Sicherheit in die Öffentlichkeitsarbeit der OVen zu bringen, möchten wir uns verlinken, Schulungen anbieten und gemeinsam an einer guten Präsenz in den einschlägigen Online-Medien arbeiten.

Wir müssen das Rad nicht immer selbst neu erfinden. Auch im Grünen Netz oder unserem Shop muss sich nicht jeder OV verrückt suchen. Lasst uns voneinander profitieren und die Kommunikation nach Außen verbessern. Wer Interesse daran hat, in dieser Gruppe mitzuarbeiten, meldet sich bitte bei [Marie](#).



Weihnachten, Märchen vom Auszug aller „Ausländer“

„Es war einmal...“, so beginnt das Märchen „von denen , die auszogen, weil sie das Fürchten gelernt hatten“.

Es war einmal, etwa drei Tage vor Weihnachten. Über den Marktplatz der kleinen Stadt kamen ein paar Männer gezogen. Sie blieben an der Kirche stehen und sprühten auf die Mauer “Ausländer Raus“ und “Deutschland den Deutschen“. Steine flogen in das Fenster des türkischen Ladens gegenüber der Kirche. Dann zog die Horde ab. Gespenstische Ruhe. Die Gardinen an den Bürgerhäusern waren schnell wieder zugefallen. Niemand hatte etwas gesehen.“

„Los komm, es reicht, wir gehen“. „Wo denkst du hin! Was sollen wir denn da unten im Süden?“ „ Da unten? Das ist immerhin unsere Heimat. Hier wird es immer schlimmer. Wir tun, was an der Wand steht: Ausländer raus!“

Tatsächlich, mitten in der Nacht kam Bewegung in die kleine Stadt. Die Türen der Geschäfte sprangen auf: Zuerst kamen die Kakaopäckchen, die Schokoladen und Pralinen in ihren Weihnachtsverkleidungen. Sie wollten nach Ghana und Westafrika, denn da waren sie zu Hause. Dann der Kaffee, palettenweise, Uganda, Kenia und Lateinamerika waren seine Heimat. Ananas und Bananen räumten ihre Kisten, auch Trauben und Erdbeeren aus Südafrika. Fast alle Weihnachtsleckereien brachen auf, Pfeffernüsse, Spekulatius und Zimtsterne, die Gewürze im Inneren zog es nach Indien. Der Dresdner Christstollen zögerte. Man sah Tränen in seinen Rosinenaugen. Als er zugab: Mischlingen wie mir geht`s besonders an den Kragen. Mit ihm kamen das Lübecker Marzipan und der Nürnberger Lebkuchen. Nicht Qualität, nur Herkunft zählte jetzt. Es war schon in der Morgendämmerung, als die Schnittblumen nach Kolumbien aufbrachen.

Der Verkehr brach an diesen Tagen zusammen. Lange Schlangen japanischer Autos, vollgestopft mit Optik und Elektronik krochen gen Osten. Am Himmel sah man die Gänse nach Polen fliegen, auf ihrer Bahn gefolgt von feinen Seidenhemden und Teppichen des fernen Asiens.

Mit Krachen lösten sich die tropischen Hölzer aus den Fensterrahmen und schwirrten ins Amazonasbecken. Man musste sich vorsehen, um nicht auszurutschen, denn überall quoll Öl und Benzin hervor, floss aus Rinnsalen und Bächen zusammen in Richtung Naher Osten. Aber man hatte ja Vorsorge getroffen. Stolz holten die großen deutschen Autofirmen ihre Krisenpläne aus den Schubladen: der Holzvergaser war ganz neu aufgelegt worden. Wozu ausländisches Öl? - Aber die VW's und BMW's begannen sich aufzulösen in ihre Einzelteile, das Aluminium wanderte nach Jamaika, das Kupfer nach Somalia, ein Drittel der Eisenteile nach Brasilien, der Naturkautschuk nach Zaire. Und die Straßendecke hatte mit dem ausländischen Asphalt im Verbund auch schon ein besseres Bild abgegeben!

Nach drei Tagen war der Spuk vorbei, der Auszug geschafft, gerade rechtzeitig zum Weihnachtsfest. Nichts Ausländisches war mehr im Land. Aber Tannenbäume gab es noch, auch Äpfel und Nüsse. Und „Stille Nacht, Heilige Nacht“ durfte gesungen werden, zwar nur mit Extragenehmigung, das Lied kam schließlich aus Österreich.

Nur eines wollte nicht ins Bild passen. Maria, Josef und das Kind waren geblieben. Drei Juden. Ausgerechnet.

„Wir bleiben“, sagte Maria, „wenn wir aus diesem Lande gehen – wer will ihnen dann noch den Weg zurück zeigen, den Weg zurück zur Vernunft und zur Menschlichkeit“.

Quelle: Helmut Wöllenstein, Zuspruch am 20.12.1991 im Hessischen Rundfunk.



75 Jahre Allgemeine Erklärung der Menschenrechte

Resolution 217 A (III) der Vereinten Nationen

Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen.

(Artikel 1)

Auch heute bleibt es die Aufgabe aller Demokratinnen und Demokraten, die Menschenrechte zu verteidigen und für ihre Einhaltung einzutreten.

Öffentliche Verlesung der 30 Artikel der
Menschenrechtserklärung
9. Dezember 2023 12 Uhr
Gummersbach Fußgängerzone

Liebe bunte Oberbergerinnen und Oberberger,

unserer Lesung am 17. November in Wipperfürth war sehr gut besucht - der Abend hatte eine gute Resonanz beim Publikum. Leider war die Presse nicht da, doch wer nicht dabei sein konnte, kann auf unserer Homepage den Bericht über die Veranstaltung lesen: <https://www.oberberg-ist-bunt.org/wordpress/lesung-verbrannte-buecher-verbannte-medien/>

Vor 75 Jahren, am 10. Dezember 1948, wurde die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ als Resolution 217 A (III) der Vereinten Nationen beschlossen. Diese Erklärung wurde unter dem Eindruck der erlebten Schrecken des Zweiten Weltkriegs und der Verbrechen des Holocausts erarbeitet, sie sollte „das von allen Völkern und Nationen zu erreichende gemeinsame Ideal“ sein, „durch fortschreitende nationale und internationale Maßnahmen“ sollte ihre Anerkennung und Einhaltung gewährleistet werden.

Heute erleben wir Krieg und Terror in der Welt, autoritäre Regimes in vielen Ländern und und das Erstarken extrem rechter Parteien in den Demokratien. Antisemitismus wird wieder zu einem

Problem und gegen Muslime wird pauschal gehetzt. Es bleibt die Aufgabe aller Demokratinnen und Demokraten, die Menschenrechte zu verteidigen und für ihre Einhaltung einzutreten.

Deshalb veranstalten wir am Samstag, den 9. Dezember 2023, um 12 Uhr eine öffentliche Lesung aller 30 Artikel der Menschenrechtserklärung in der Gummersbacher Fußgängerzone (Ecke Kampstraße/Hindenburgstraße). Jeder Artikel soll von einer anderen Person gelesen werden. So wollen wir ein möglichst breites Spektrum einbeziehen.

Noch sind nicht alle Artikel "vergeben". Deshalb melde dich bitte schnell, wenn du einen der Artikel verlesen möchtest!

Und: Eine öffentliche Lesung braucht Publikum! Deshalb komm am 9. Dezember dazu, **gib die Ankündigung bitte weiter!**

Liebe Grüße,

Kim, Ute, Gabriele, Gudrun, Iris, Manfred, Aziz und Gerhard

--

Unser Oberberg ist bunt - nicht braun!

Dezember 5 @ 20:00 - 22:00

KREISAUSSCHUSS

Online

wie immer online- für die Zugangsdaten bitte Mail an die Kreisgeschäftsstelle



Dezember 6 @ 20:00 - 22:00

KREISTAGSFRAKTION SITZUNG

Online

wie immer online



Galtaikhuu Galsan, jüngster Sohn des vielfach ausgezeichneten deutschsprachigen Schriftstellers und Heilers Galsan Tschinag, setzt sich in der Mongolei für zahlreiche Umweltschutzprojekte ein. Er ist Mitglied der Grünen Partei der Mongolei und Vorstandsmitglied im Dachverband der Nichtregierungs-Umweltschutzverbände Mongolian Environment Civil Council (MECC).

Er leitet die Baumschulen der von seinem Vater gegründeten Galsan Tschinag Stiftung. Vater und Sohn schenken der Mongolei 2021 die versprochenen "Eine Million Bäume für die Mongolei". Das Baumprojekt wird fortgesetzt mit den "Lebensgärten", in denen erstmals auch fruchttragende Bäume und Sträucher gepflanzt werden und die einen garten- und parkähnlichen Charakter erhalten sollen.

Galtaikhuu Galsan unterstützt außerdem sein Volk der Tuwa-Nomaden; unter anderem mit Hilfe des von ihm gestarteten Käseprojekts "Tuwa Yak". Die Tuwa leben als Nomaden im Hohen Altaigebirge im äußersten Westen der Mongolei, wo sie oft mit schwierigsten klimatischen Bedingungen zu kämpfen haben. Sie sind als Minderheit in der Mongolei immer noch nicht durch die Regierung anerkannt. Mithilfe einer eigenen Schule und eines Begegnungszentrums in Tselgel/Altai pflegen und bewahren sie die Traditionen ihres Volkes.

Die Tuwaschule sowie das Baumprojekt werden seit 2009 durch den Förderverein Mongolei e.V. unterstützt. Wir freuen uns sehr über Spenden für diese wichtigen Projekte. Nähere Informationen finden Sie unter www.foerderverein-mongolei.de

V.I.S.d.P.: Bündnis 90 / Die Grünen Gummerbach
 Lothar Winkelhoch, Liefenroth 25, 51645 Gummerbach
 Telefon: 02261 979057

**Einblicke in die Mongolei
 GALTAIKHUU GALSAN**
*Unsere Mitwelt schützen nach
 traditioneller nomadischer Überlieferung*
 Freitag, 15. Dezember 2023, 19:00 Uhr
 Vortrag in der Freien Waldorfschule Oberberg e.V.
 Kirchhellstr. 32, 51645 Gummerbach
 Eintritt: 10 Euro

Auf Einladung von Bündnis 90 / Die Grünen Gummerbach
 und Förderverein Mongolei e.V.
 Kontakt: cristine-scharipp@t-online.de

Logos: Bündnis 90 / Die Grünen, Hansen & Krüger, GALSAN TSCHINAG STIFTUNG

Vortrag von Galtaikhuu Galsan

Am Freitag, 15.12.2023 um 19:00 Uhr kommt Galtaikhuu Galsan wieder in die Freie Waldorfschule Oberberg zu einem Vortrag. Der Sohn des Schriftstellers und Heilers Galsan Tschinag ist Mitglied der Grünen Partei der Mongolei und Vorstandsmitglied der dortigen Nichtregierungsorganisation Mongolian Environment Civil Council. 2021 haben er und sein Vater im Rahmen der Galsan Tschinag Stiftung in der Mongolei den versprochenen einmillionsten Baum gepflanzt. Sie haben eigene Baumschulen aufgebaut und setzen das Baumprojekt mit dem Projekt „Lebensgärten für die Mongolei“ fort. Galtaikhuu Galsan kämpft in der Mongolei außerdem gegen illegalen Bergbau. Besonders die illegalen Goldminen gefährden die Flüsse und damit unmittelbar die Existenz der dort lebenden Nomaden. Um seinem Volk zu helfen, errichtete Galtaikhuu in der Steppe eine „Käserei in der Jurte“ und gibt seinem Volk so Hilfe zur Selbsthilfe durch den Verkauf von wertvollem Yak-Käse „Tuwa-Yaki“.